



Solidarität

MIT VERFOLGTEN
UND BEDRÄNGTEN
CHRISTEN IN
UNSERER ZEIT

Arbeitshilfen 302

Kuba und Venezuela

Eine Initiative der
Deutschen Bischofskonferenz



In verschiedenen Teilen der Welt werden Kirchen, christliche Gemeinschaften und einzelne Gläubige bedrängt und verfolgt. In Ländern wie Nordkorea, Vietnam oder China sind solche Repressionen Ausdruck einer systematischen Verletzung der Religionsfreiheit eines „atheistisch“ geprägten Staates. Daneben gibt es Diskriminierung und Verfolgung von Christen in Staaten mit starker religiöser Prägung, die mit dem Vorranganspruch einer einzelnen Religion einhergehen.

„FÜRCHTE DICH NICHT,
DU KLEINE HERDE!
DENN EUER VATER HAT BESCHLOSSEN,
EUCH DAS REICH ZU GEBEN.“
(LK 12,32)

Verfolgte und bedrängte Christen in Kuba und Venezuela

Hier sind insbesondere mehrheitlich islamische Staaten wie etwa Saudi-Arabien oder Pakistan zu nennen. In anderen Weltgegenden wiederum werden Gläubige aufgrund ihres Einsatzes für Gerechtigkeit und Frieden bedroht und manches Mal sogar ermordet. Diese Gewalt geht oftmals von nichtstaatlichen Gruppen aus.

Den Christen in Deutschland sind Verfolgungssituationen noch aus den Zeiten des Nationalsozialismus und des Kommunismus bekannt. Heute ist uns aufgegeben, den andernorts „um Jesu willen“ (vgl. Mt 5,11) bedrängten Christinnen und Christen und allen zu Unrecht Verfolgten solidarisch beizustehen. Gefordert sind unser Gebet und der aktive Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Religionsfreiheit.

Die Deutsche Bischofskonferenz will mit diesem jährlich erscheinenden Informationsheft dazu einladen, sich mit der Situation bedrängter Christen auseinanderzusetzen. In diesem Jahr stehen Kuba und Venezuela im Mittelpunkt.

Kuba und Venezuela gehören zum katholisch geprägten Lateinamerika: Im sozialistischen Kuba sind immer noch rund 35 Prozent der Menschen katholisch getauft, in Venezuela gehören sogar 96 Prozent der katholischen Kirche an. In beiden Ländern ist die katholische Kirche die mit Abstand größte Religionsgemeinschaft. Eine Benachteiligung und Bedrängung von Christen in diesen Ländern scheint auf den ersten Blick also unwahrscheinlich. Dennoch haben die Christen dort massive Probleme, ihren Glauben offen zu leben – zu groß sind die Einschränkungen durch die beiden autoritären politischen Systeme.

Denn sowohl in Kuba als auch in Venezuela werden die Grundrechte der Menschen eingeschränkt. Wo das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit nicht garantiert ist, ist auch das Menschenrecht auf Religionsfreiheit bedroht. Autoritäre Staaten, die ihre Bürger in allen Lebensbereichen überwachen, dulden auch von Kirchen keine Illoyalität. So wird in beiden Ländern öffentliche Kritik an der sozialistischen Regierung oder an den dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Umständen mit einschneidenden Maßnahmen sanktioniert. Unter solchen Bedingungen die befreiende Botschaft Jesu Christi zu verkünden und gesellschaftliche und soziale Missstände offen zu benennen, ist ein großes Wagnis. Nicht wenige, die aus ihrer christlichen Verantwortung heraus politisch aktiv werden, sind bedroht und werden verfolgt. Für die Christen und Kirchen in beiden Ländern ist es damit eine gefährliche tägliche Herausforderung, das Christentum auch im öffentlichen Raum authentisch zu leben.



Gläubige bei der Reise von Papst Franziskus nach Santiago de Cuba im September 2015

Religionsfreiheit – bedrohtes Menschenrecht in autoritären Staaten

Verletzungen der Religionsfreiheit in der westlichen Hemisphäre? Dieses Thema löst Überraschungen aus. Zwar genießen Kuba und Venezuela – die beiden Länder, denen sich dieses Themenheft widmet – in Menschenrechtsfragen keinen guten Ruf. Man traut ihnen massive Menschenrechtsverletzungen durchaus zu. Aber Verstöße gegen die Religionsfreiheit? Bei diesem Recht denken die meisten Menschen eher an Probleme in anderen Regionen der Welt, insbesondere im Nahen Osten. Werden nicht Menschen vor allem dort „um ihres Glaubens willen“ schikaniert, bedrängt und verfolgt, wo der Staat sich als Schutzherr dogmatischer religiöser Wahrheiten oder als Vollzugsorgan göttlicher Gesetze versteht, wie es etwa in Iran oder Saudi-Arabien der Fall ist? Verfolgung im Namen religiöser Wahrheits- oder Reinheitsansprüche kann bekanntlich auch von terroristischen Organisationen ausgehen. In Erinnerung sind vor

allem die Bluttaten des sogenannten „Islamischen Staates“, der seine grausamen Hinrichtungen und Verstümmelungen oft medienwirksam inszeniert hat. Aber mit Lateinamerika hat dies nichts zu tun. Gibt es in dieser traditionell katholisch geprägten Region überhaupt ernsthafte Probleme mit der Religionsfreiheit? Und können auch Christen davon betroffen sein?

Um diese Fragen anzugehen, müssen wir uns zunächst klarmachen, dass die Religionsfreiheit ein sehr breit angelegtes Freiheitsrecht ist. Sie betrifft nicht nur Aspekte von Glauben und Bekennen, sondern auch die religiöse Praxis im weitesten Sinne des Wortes. Zum Beispiel beinhaltet die Religionsfreiheit die Integrität kirchlichen Gemeindelebens, das gegen politische Instrumentalisierung und Infiltrierung geschützt werden soll. Sie umfasst ferner religiösen Unterricht und religiöse Sozialisation, sei es in der Familie oder in der Gemeinde.

„
Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

“



Taufe in einer Kirche in
Venezuela

Zur Religionsfreiheit gehören außerdem die Möglichkeit der pastoralen Praxis sowie das Recht, aus religiös-ethischer Motivation heraus caritative Organisationen zu gründen oder kirchliche Medienanstalten zu betreiben. Manche dieser Organisationen können schließlich politisch tätig werden – oder als politische Akteure vom Staat wahrgenommen werden.

Entgegen einem immer wieder anzutreffenden Missverständnis schützt die Religionsfreiheit also keineswegs nur die „Privatsphäre“. Religion kann nicht auf einen bestimmten Lebensbereich – das persönliche oder das familiäre Leben – beschränkt werden; sie prägt die Identität von Individuen und Gemeinschaften in allen Aspekten des Lebens. Der Slogan, es gelte Kirche und Politik zu trennen, ist freiheitsfeindlich und hat mit Religionsfreiheit nichts zu tun. Sinnvoll ist es, sich um eine klare Funktionsdifferenz zwischen Religionsgemeinschaften und Staat zu bemühen; denn Staatsreligion, ganz gleich unter welchen Vorzeichen, zieht immer religiöse Bevormundung und Diskriminierung nach sich. Der Begriff der Politik ist aber viel weiter angelegt als der Staat mit seinen Institutionen; er umfasst den gesamten Raum öffentlichen Engagements für das Gemeinwesen. In diesem Raum haben Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ihren legitimen Platz. Wer ihnen diesen streitig machen will, beschädigt das Menschenrecht der Religionsfreiheit.

Verletzungen der Religionsfreiheit gehen fast immer einher mit einer Missachtung auch anderer Menschenrechte, etwa der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit oder des Rechts auf Bildung. Denn die verschiedenen Menschenrechte verweisen aufeinander, ja sie sind sogar ineinander verschränkt. So enthält die Religionsfreiheit in sich selbst Komponenten der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit. Religiöse Vielfalt kann nicht gedeihen, wenn der Staat öffentliche Meinungsäußerungen streng reglementiert; religiöses Gemeindeleben kann sich nicht frei entwickeln, wo der Staat Versammlungen an enge bürokratische Genehmigungspflichten knüpft und religiös-caritative Organisationen werden unvermeidlich auf Probleme stoßen, wenn das staatliche Vereinsrecht primär politischen Kontrollbedürfnissen dient. Viele Verletzungen weltweit beziehen sich auf solche weiteren Aspekte der Religionsfreiheit, die eben keineswegs auf die Freiheit des persönlichen Glaubens und des individuel-

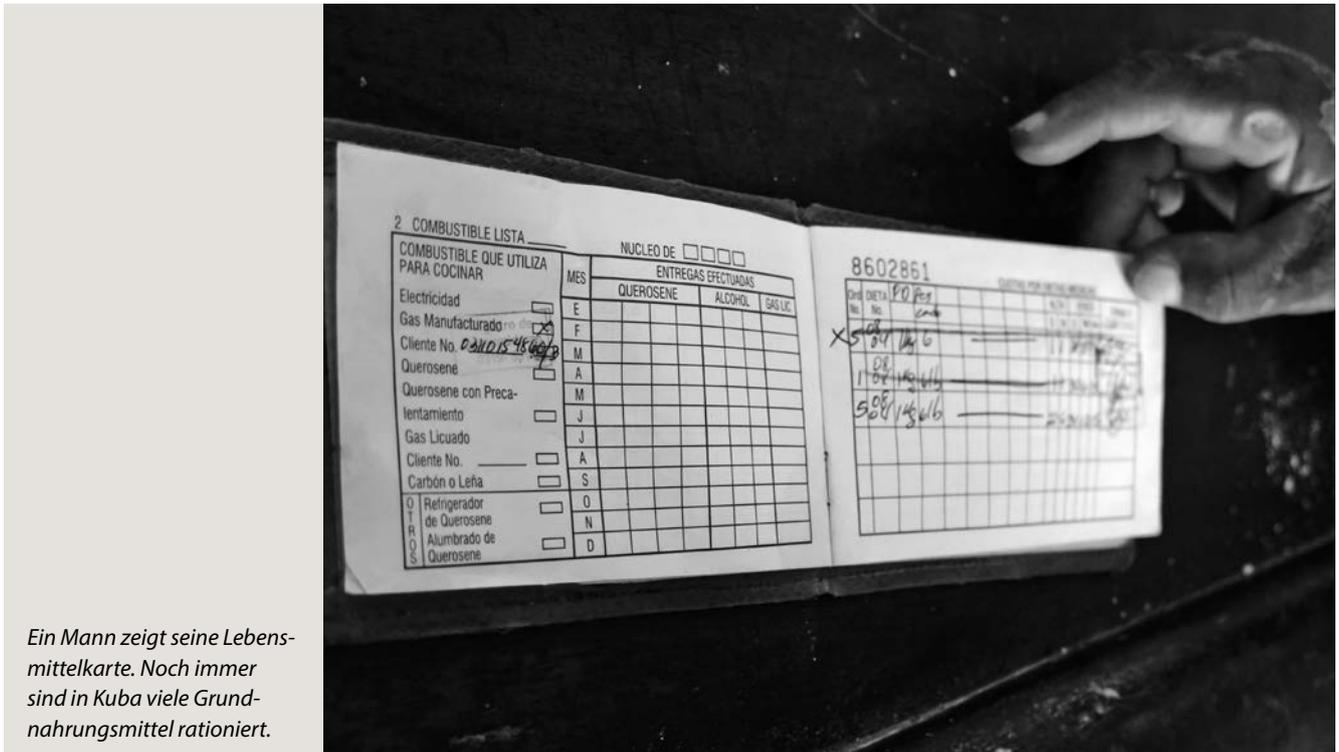
„
*Die Kirche in Lateinamerika wählte
in Puebla die Option für die Armen.
Die Ärmsten unter uns sind jene, die
nicht das geschätzte Geschenk der
Freiheit haben.*

*Pedro Meurice, ehem. Erzbischof von
Santiago de Kuba*

“

len Bekenntnisses beschränkt werden kann. Um es mit den Worten der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 zu sagen: Es geht immer auch um äußerlich sichtbare Manifestationen von Religiosität in „Lehre, Praxis, Gottesdienst und Einhaltung von Geboten“.

Die in diesem Sinne weit verstandene Religionsfreiheit ist autoritären Regimen stets ein Dorn im Auge – auch säkularen Regimen, die sich nicht als Hüter religiöser Dogmen oder



Ein Mann zeigt seine Lebensmittelkarte. Noch immer sind in Kuba viele Grundnahrungsmittel rationiert.

religiöser Gesetze inszenieren. Je autoritärer eine Regierung ausgerichtet ist, desto größer fallen in der Regel ihre Kontrollbedürfnisse aus. Vermutlich sind wenige Funktionäre autoritärer Staaten so verblendet, nicht wenigstens ab und an zu ahnen, dass die von Staats wegen inszenierten Beifallsbekundungen womöglich nicht ganz echt sein könnten. Auf eine bloß forcierte Loyalität kann bekanntlich nie wirklich Verlass sein, und wenn Opposition nicht offen agieren kann, ist umso mehr zu befürchten, dass sie im Untergrund überall präsent sein könnte. Dies erklärt die nervösen Kontrollobsessionen autoritärer Regime, die deshalb mit Freiheitsrechten – und eben auch mit der Religionsfreiheit – ihre notorischen Schwierigkeiten haben. Beispiele finden sich in vielen Teilen der Welt: in China und Vietnam, in Ägypten und Katar, in zentralasiatischen Republiken mit ihren postsowjetischen Erblasten, in despotisch beherrschten Staaten des subsaharischen Afrika, aber eben auch in autoritär regierten Staaten Lateinamerikas wie Kuba und Venezuela.

Besonders ausgeprägt ist die Überwachungswut in Einparteiensystemen, zu denen nach wie vor auch Kuba zählt. Eigenständiges soziales Leben steht latent immer im Verdacht, das Gestaltungsmonopol der Staatspartei infrage zu stellen und damit den politischen Status quo zu gefährden. Der Vorwurf der Subversion richtet sich oft sogar gegen Gruppen oder Gemeinden, die letztlich völlig „unpolitisch“ agieren, sich aber um Distanz gegenüber dem Staat und seinen Eingriffen bemühen, um ihre Unabhängigkeit und Integrität zu wahren. Staatsdistanz ist in autoritären Systemen nicht vorgesehen. Erst recht geraten solche religiösen Akteure ins Fadenkreuz der Repression, deren pastorales und caritatives Engagement politische Züge annimmt, was sich im Einsatz für arme, diskriminierte und marginalisierte Menschen ja kaum vermeiden lässt. Es gibt aber noch ein weiteres Motiv für Verletzungen der Religionsfreiheit: Autoritäre Staaten

rechtfertigen ihre massiven Eingriffe typischerweise durch den Anspruch, die öffentliche Ordnung gegen Feinde von außen und von innen zu verteidigen. Vor allem religiöse Minderheiten bieten sich als Feindbilder an. Oft sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, als „fünfte Kolonnen“ im Sold auswärtiger Mächte zu stehen. Nicht selten mündet dies in regelrechte Verschwörungstheorien. In diesem Zusammenhang muss außerdem der Antisemitismus erwähnt werden, der nach wie vor auch in Staaten Lateinamerikas, etwa in Venezuela, massiv grassiert.

Die konkreten Muster der Missachtung der Religionsfreiheit sind mannigfaltig. Verletzungen finden in ganz verschiedenen Lebensbereichen statt: in Gerichtssälen und Gefängnissen, in staatlichen Behörden, in Krankenhäusern und psychiatrischen Anstalten, am Arbeitsplatz und in der Schule, in durch autoritäre Milieustrukturen geprägten Stadtvierteln, in der Straßenbahn und manchmal sogar im Kreis der eigenen Familie. Sie geschehen in Gestalt von staatlichen Strafanordnungen, administrativen Schikanen, Einbürgerungshindernissen oder Ausbürgerungen, besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt, der Ausgestaltung der Schulcurricula, stigmatisierenden Medienberichten, gesellschaftlichen Vorurteilen und Akten des Vandalismus. Nur ein Teil solcher Verletzungen findet öffentliche Aufmerksamkeit. Das meiste bleibt unterhalb des Radars öffentlicher Berichterstattung. Dabei brauchen die Betroffenen – Individuen, Familien und Gemeinden – Anteilnahme und Solidarität, was ohne diese Berichterstattung nicht möglich ist. Dazu möchte das vorliegende Heft einen Beitrag leisten.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heiner Bielefeldt, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit



Ermelinda Garcia in ihrer Hütte im Dorf San Anselmo: Seit dem Zusammenbruch der Kirche 1975 bewahrt sie die Statue des Dorfheiligen auf. Die Kirche wird zurzeit neu errichtet.

Katholisches Leben im kommunistischen Kuba

„An den Wochenenden gehe ich in die Gemeinden, die keinen Priester haben, sei es, weil die Pfarrei vakant ist oder weil der Priester so viele Gemeinden betreuen muss, dass er nicht alle regelmäßig besuchen kann“, so Juan García, zu dieser Zeit Erzbischof von Camagüey, heute Erzbischof von Havanna. Den Sonntag hat der Erzbischof für die Eucharistiefeier in der Kathedrale reserviert, doch am Freitagnachmittag und samstags ist er mit einem Team von Laienmitarbeitern im Kleinbus unterwegs. Auf der Strecke macht das Fahrzeug mehrmals halt, um jeweils ein bis zwei Katecheten mit Stühlen, Liederbüchern und einem Liturgieblatt abzusetzen.

Viele christliche Gemeinschaften sind erst in den vergangenen Jahren entstanden, nachdem die Religionsfreiheit in der Verfassung verankert wurde und Kuba sich von einem atheistischen zu einem laizistischen Staat wandelte. Ein Bekenntnis zum christlichen Glauben soll nun keine negativen Auswirkungen mehr haben, auch wenn viele Berufskarrieren nach wie vor den überzeugten Parteimitgliedern vorbehalten sind. Das war einmal anders. Direkt nach dem „Triumph der Revolution“, wie die Machtübernahme durch Fidel Castro und Gefährten 1959 von der Regierung genannt wird, galt die katholische Kirche als konterrevolutionär. Ausländische Priester und Ordensleute wurden des Landes verwiesen und kirchliche Einrichtungen, insbesondere Schulen und Krankenhäuser, geschlossen. Wer Christ war, konnte keine Karriere machen. Öffentliche Glaubensbekundungen waren verboten. Jahrzehntlang gab es keine Erlaubnis für die Instandsetzung der vom Verfall bedrohten Kirchen oder zum Bau neuer Ein-

richtungen. Die Menschen zogen sich ins Privatleben zurück und das kirchliche Leben fand in der Sakristei statt.

Einen ersten kirchlichen Aufbruch gab es 1986 bei einem landesweiten Laientreffen. Es war die Zeit gekommen, um aus der Deckung zu gehen. Auf die Perestroika in der Sowjetunion reagierte Kuba mit einem „Jetzt-erst-recht-Sozialismus“. Die Gläubigen aber besannen sich ihrer missionarischen Botschaft. Die christlichen Gemeinschaften öffneten sich und luden ihre Nachbarn ein. Zu Veranstaltungen sind seitdem explizit auch Nichtgläubige und Andersgläubige willkommen. Weiterer religiöser Freiraum und Anerkennung für die kubanische Kirche konnten durch die Papstbesuche von Johannes Paul II., Benedikt XVI. und Franziskus errungen werden. Der jüngste Papstbesuch 2016 wurde fast durchgängig vom staatlichen Fernsehsender übertragen und von einem kubanischen Priester kommentiert, der der breiten Bevölkerung die kirchlichen Besonderheiten erklärte. Der Reise von Papst Franziskus ging eine besondere Mission voraus. Franziskus hatte zwischen der Regierung der USA unter Obama und der kubanischen Regierung vermittelt, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Nach einem Gefangenaustausch und dem Besuch von Präsident Obama in Havanna wurden die gegenseitigen diplomatischen Vertretungen wieder eröffnet. Reiserleichterungen auf beiden Seiten sind ein weiteres wichtiges Resultat. Der damalige Erzbischof von Havanna, Kardinal Jaime Ortega, spielte im Auftrag von Papst Franziskus eine wichtige Rolle als Vermittler. Auch wenn unter dem aktuellen US-amerikanischen Präsidenten



Während der Messe in einem
Missionshaus in der Nähe
von Santiago de Cuba

Trump die politischen Beziehungen wieder abkühlen, bleiben wichtige Punkte der Vereinbarungen bestehen.

Nach wie vor hat die Kirche keinen Zugang zum offiziellen Bildungssystem, kann also keine eigenen Schulen und Hochschulen betreiben. Eine Nische ergibt sich durch ergänzende Bildungsmaßnahmen, die vom Staat geduldet werden. Dazu gehören Nachhilfeunterricht für Kinder, Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung an der Universität, Sprachkurse, Computer- und Buchhaltungskurse. Diese Bildungsangebote werden durch spezifisch kirchliche Angebote im Bereich der christlichen Kultur und Ethik, Philosophie und Kirchengeschichte ergänzt und durch Bibliotheken unterstützt. Seit die Regierung vermehrt privates Wirtschaften zulässt, bieten kirchliche Einrichtungen Kurse für christliches Unternehmertum an. Praktische Aspekte der Gründung eines Betriebs werden durch ethische Gesichtspunkte ergänzt. Offene Bildungsangebote sind eine gute Möglichkeit, auch mit Nicht- und Andersgläubigen ins Gespräch zu kommen.

In den vergangenen Jahren haben sich viele neue kleine christliche Gemeinschaften gegründet. Auch die Teilnahme an den Gottesdiensten steigt, insbesondere dort, wo nach vielen Jahren des Garagendaseins wieder in eine restaurierte Pfarrkirche eingezogen werden kann. Adveniat konnte in den letzten Jahren bei der Instandsetzung von zahlreichen Kirchen und Kapellen unterstützend tätig sein. Es gibt eine beachtliche Zahl an Erwachsenentaufen. Jugendliche und junge Erwachsene, die in einer Zeit geboren wurden, in der es nicht opportun war, sich öffentlich zum Glauben zu bekennen, wenden sich heute der Kirche zu. Versorgungsengpässe haben ihre Auswirkungen auch auf die Aktivitäten der Kirche. Es gibt kaum öffentliche Verkehrsmittel, daher ist besonders der Transport ein großes Problem. Für größere Veranstaltungen

gibt es keine Lösung. Die Diözese oder die Pfarrei mietet einen Lastwagen, der mit Sitzen ausgestattet ist, um die Menschen einzusammeln und zum Veranstaltungsort zu bringen. Autos für die Pfarreien zu kaufen, ist aufgrund der extrem hohen Preise so gut wie unmöglich. Die vorhandenen Fahrzeuge haben dementsprechend ein hohes Alter und bedürfen ständiger Reparaturen. Wenn ein Gebäude instand gesetzt werden darf, alle Genehmigungen vorhanden sind, ist es oft schwierig, das notwendige Material zu erhalten.

In fast allen Pfarreien sind Freiwillige in der Caritas engagiert. Oft sind unter den besonders Bedürftigen alte Menschen, die keine Angehörigen in der Nähe haben. Für sie gibt es Essensangebote, Gelegenheiten, um sich zu treffen. Freiwillige kümmern sich um notwendige Medikamente und die Möglichkeit, die Kleidung zu waschen. Bei der Katastrophenhilfe ist heute eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden möglich. Häufig wissen die Freiwilligen der Pfarrei genau, wo die Not am größten ist. Ausländische Hilfsgüter werden so mithilfe der Pfarrei verteilt, wobei es keine Rolle spielt, ob jemand Mitglied der Pfarrei ist. „Wir kontrollieren uns gegenseitig: Der Staat kontrolliert uns und wir passen auf, dass die ausländischen Hilfsgüter die bedürftigen Menschen erreichen“, berichtete ein Pfarrer, der in seinem Pfarrhaus Hilfsgüter aus den USA gestapelt hatte. Sie wurden von den staatlichen Stellen dem Ort zugeteilt.

Kirchliche Arbeit findet heute in Kuba mit geringen Ressourcen statt. Es sind kleine Gemeinden mit einer Mischung aus altgedienten treuen und jungen neugierigen Christen, die mit einem hohen Engagement ein beredtes Zeugnis geben für eine lebendige Kirche.

Martin Hagenmaier, Referent für Kuba, Adveniat

Die Oldtimer auf dem „Plaza de la Revolución“ in Havanna sind vor allem eine Touristenattraktion. Ein kubanischer Angestellter kann sich in der Regel weder eine Fahrt damit noch ein eigenes Auto leisten.



Das Ringen um die Grundrechte der Menschen im revolutionären Kuba

Kuba ist ein reiches Land; reich aufgrund seiner Menschen, seiner Landschaften und seiner natürlichen Ressourcen. Ein Land, das eine sehr viel größere historische Bedeutung erlangt hat, als es seine Größe je hätte vermuten lassen.

Seit der Landung von Christoph Kolumbus im Jahre 1492 ist Kuba Zeuge einer bewegten Geschichte geworden: Völkermord, Sklaverei, zwei erbittert geführte Unabhängigkeitskriege, die Periode einer von Korruption und Gewalt geprägten Quasi-Unabhängigkeit und letztendlich die Revolution die – trotz anderslautender Versprechungen – lediglich den „Pausenknopf“ drückte: Kuba scheint als Land der Widersprüche in der Zeit der 1960er-Jahre stehen geblieben zu sein.

In den 1950er-Jahren stützte sich die kubanische Wirtschaft fast ausschließlich auf die Produktion von Zucker, wobei 35 Prozent der entsprechenden Firmen in den Händen US-amerikanischer Unternehmen lagen. 1953 finanzierten die USA einen Staatsstreich und hoben damit den späteren Diktator Fulgencio Batista an die Macht. Ein System der Korruption und Vetternwirtschaft wurde möglich, in dem die ertragreichsten Ländereien an US-amerikanische Gesellschaften vergeben wurden. Fidel Castro, der zu dieser Zeit als Anwalt tätig war, versuchte Batista auf legalem Wege abzusetzen. Da er mit juristischen Mitteln keinen Erfolg hatte, entschied er, dass die einzige Möglichkeit, Kuba zur Demokratie zurückzuführen, darin bestehe, zu den Waffen zu greifen. Während eines missglückten Versuchs, Batista die Macht zu entreißen, wurde Castro gefangen genommen.

Als er wieder auf freiem Fuß war, floh er nach Mexiko und organisierte von dort aus eine Gruppe von Guerilleros, mit der er nach Kuba zurückkehrte. Hier begann er, die Insel zu durchstreifen und Bauern als neue Anhänger zu gewinnen.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Kuba in einem schlechten wirtschaftlichen Zustand. Die bürgerlichen Zuckerbauern waren unzufrieden mit dem Handelspakt zwischen Kuba und den USA, sodass viele der reicheren Unternehmer begannen, sich auf die Seite der Revolutionäre zu stellen und deren Projekt zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund konnte sich im Januar 1959 der Triumph dessen ereignen, was in den folgenden 60 Jahren als „Kubanische Revolution“ bezeichnet und bis zum Tod Fidel Castros von diesem in absoluter Herrschaft gelenkt wurde.

Nun an der Macht, versuchte Castro, neue wirtschaftliche Beziehungen zu den USA zu knüpfen, was allerdings scheiterte. Angesichts dieses Misserfolgs begann er, Verträge mit der UdSSR zu schließen. Zudem führte er drastische Maßnahmen durch: Er verstaatlichte Kubas natürliche Ressourcen, indem er Eigentum und private Unternehmen abschaffte und mit einer Agrarreform den Landbesitz kollektivierte.

1960 wurde mit der „Erklärung von Havanna“ der sozialistische Staat Kuba gegründet. Zunehmend wurde den Idealen der Revolution widersprochen: Die demokratischen Strukturen wurden eingeschränkt, obwohl die Wiederherstellung der Demokratie eines der direkten Ziele der Revolution war. Schon bald war es nicht mehr möglich, alternative Räume

Der Bau neuer Kirchen wird in Kuba nur selten genehmigt, ist streng reglementiert und dauert Jahre. Die Materialien müssen mühsam beschafft werden.



wie z. B. eine freie Presse, politische Gruppierungen, religiöse und soziale Vereinigungen auszumachen. Eine sich durch den Markt selbst regulierende Wirtschaft und Privatbesitz gab es nicht mehr. Letztendlich wurde der kubanischen Zivilgesellschaft ihr Recht genommen, sich selbst zu organisieren.

Der Einheitspartei gelangen allerdings auch eine Reihe sozialer Verbesserungen, die als „Erfolge der Revolution“ bekannt wurden: das Recht auf Arbeit, kostenlose medizinische Versorgung, kostenlose und verpflichtende Schulbildung. Doch obgleich diese Maßnahmen den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprachen, fehlte ein nachhaltig verlässlicher Rahmen, da soziale Verbesserungen von sowjetischen Subventionen abhängig waren, für die als Gegenleistung ein Kontingent preiskonstanten Zuckers geliefert werden musste.

Fünf Jahrzehnte „sozialistischer Staat“ hinterließen im Land ihre Spuren: Die anhaltenden ökonomischen Unsicherheiten, das Fehlen wirtschaftlicher Effektivität und die enormen Staatsausgaben führten zu einem großen wirtschaftlichen Schaden, der Kuba in eine Sackgasse führte. Schlechte Wohnverhältnisse und ein Warenkorb, der kaum die Ernährungsbedürfnisse der Bevölkerung abdeckte, waren dem Ungleichgewicht zwischen Einkommen und Preisen geschuldet. Ungefähr ein Fünftel der kubanischen Bevölkerung emigrierte in die USA. Familien wurden durch die anhaltenden Migrationsströme auseinandergerissen, da sich vor allem die Jungen angesichts der herrschenden Perspektivlosigkeit gezwungen sahen, das Land zu verlassen. Zurück blieb eine alternde Bevölkerung mit unzureichenden Renten in einem Land, dessen Einwohnerzahl aufgrund des Geburtenrückgangs abnimmt.

Im Juli 2006 übertrug Fidel Castro aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes die Macht auf seinen Bruder Raúl. Dadurch wurde ein ganzes Bündel von Reformen angestoßen: 2008 wurde den Kubanern der Zugang zu den Hotels für Touristen erlaubt und sie durften Handys und andere elektronische Geräte kaufen. 2011 wurde eine halbe Million staatlicher Angestellter entlassen und der Versuch gestartet, den privaten Sektor anzukurbeln, indem Lizenzen für Handel und Gewerbe vergeben und der Verkauf von Autos legalisiert wurde. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert war es den Kubanern nun auch erlaubt, Häuser zu veräußern oder zu kaufen. Ab Ende 2012 sind sogar Auslandsreisen, bis dahin einigen Privilegierten vorbehalten, möglich.

Am 19. April 2018 wurde der bisherige Vize-Präsident, Miguel Díaz-Canel, zum Präsidenten von Kuba gewählt. Nun fragt sich die Welt voller Hoffnung, ob damit die „Ära Castro“ ihr Ende gefunden hat. Kuba braucht eine Regierung, die ihrer Verantwortung gerecht wird und Projekte zum nationalen Wiederaufbau, kreative Alternativen in Wirtschaft, Politik und Sozialem sowie ein unabhängiges und spannungsfreies Miteinander zwischen national geprägten wirtschaftlichen Ansätzen und ausländischen Investoren ermöglicht. Eine Regierung, die – da frei von Korruption – Situationen von Ungerechtigkeiten begegnet und sich dem Ziel einer sozialen und gerechten Ordnung verschreibt. Eine Regierung, die ihren Bürgern und Bürgerinnen nicht das Gefühl gibt, sie bei ihren Forderungen nach Grundrechten alleine und schutzlos zu lassen. Eine solche Regierung wäre eine wahre Kubanische Revolution.

Betina Beate, Abteilungsleiterin Lateinamerika, Misereor



*Kubaner in einer Kirche
in Havanna*

„Der totalitäre Stil hat die Gesellschaft durchdrungen.“ – Drei kubanische Priester schreiben an Raúl Castro

Am 1. Januar [2018] wurde der 59. Jahrestag der Revolution begangen. Die Revolution war angesichts der Grausamkeiten, die das Regime ungestraft gegen das Volk ausgeübt hat, notwendig. Viele Menschen kämpften und viele starben, um ihren Kindern ein Kuba der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands zu hinterlassen.

Heute, fast sechs Jahrzehnte später, können wir bewerten, was in unserem Land seitdem geschehen ist. Seit der Konstituierung der Kommunistischen Partei als Einheitspartei ist es unserem Volk nicht mehr erlaubt, unterschiedliche Meinungen zu vertreten. Jede abweichende Stimme wurde zum Schweigen gebracht.

Der totalitäre Stil hat die Gesellschaft durchdrungen. Die Kubaner wissen, dass sie keine Meinungsfreiheit haben, sie hüten sich davor zu sagen, was sie denken und fühlen, denn sie leben in Angst, oft sogar vor denen, mit denen sie jeden Tag zusammenleben: Schulkameraden, Arbeitskollegen, Nachbarn, Bekannte und Verwandte. Wir leben in einem Netz von Lügen, das sich vom eigenen Zuhause bis in die höchsten Ebenen erstreckt. Wir sagen und tun das, was wir weder glauben noch fühlen, weil wir wissen, dass unsere Gesprächspartner genauso handeln. Wir lügen, um zu überleben, in der Hoffnung, dass eines Tages dieses Spiel endet oder sich ein Fluchtweg in ein fremdes Land öffnet. Jesus Christus sagte: „Die Wahrheit wird euch befreien“. Wir wollen in der Wahrheit leben.

Das staatliche Medienmonopol und die Kontrolle bedeuten, dass niemand freien Zugang zu Informationen hat.

Bedauerlich ist die wirtschaftliche Not unseres Volkes. Wir sind gezwungen, die Verwandten, die es ins Ausland geschafft haben, oder Ausländer, die uns besuchen, um Hilfe zu bitten. Wir müssen eine angemessene Vergütung unserer Arbeit verlangen oder sind gezwungen, alles zu stehlen. Diebstahl wird mit schönsten Worten umschrieben, damit man wegen der unrechten Taten kein schlechtes Gewissen haben muss.

Vielen Familien fehlt ein stabiles Einkommen, das den Kauf der wichtigsten Dinge des täglichen Bedarfs ermöglicht: Die Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und Schuhen für Kinder sind ein tägliches Problem, öffentliche Verkehrsmittel sind ein Problem, selbst der Zugang zu vielen Medikamenten ist schwierig. Und inmitten dieses Volkes, das ums Überleben kämpft, leiden die alten Menschen still im Verborgenen. Wie kann man sagen, dass das Kapital dem Volk gehört, wenn das Volk nicht entscheiden kann, was damit geschehen soll? Warum werden Ausländer eingeladen, im Land zu investieren, wenn Kubaner das nicht dürfen?

Zu all dem kommt die fehlende Religionsfreiheit. Die Kirche wird toleriert, aber sie wird ständig überwacht und kontrolliert. Die volle Religionsfreiheit reduziert sich auf eine kontrollierte Kultfreiheit. Christen können sich versammeln, um ihren Glauben zu teilen, aber sie dürfen keine Kirchen bauen.

Die „Frauen in Weiß“ (Damas de Blanco) protestieren für die Freilassung ihrer Männer und Söhne, die wegen ihres Eintretens für Meinungs- und Pressefreiheit verhaftet wurden.



Die Kirche kann Prozessionen und öffentliche Messen abhalten, dies aber nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch die Behörden. Die Kirche kann sich in den Kirchengebäuden äußern, hat aber keinen freien Zugang zu den Medien. Laien werden, wenn sie aus ihrem Glauben heraus politisch und sozial aktiv werden, durch Zensur eingeschränkt.

Die gesellschaftliche Dynamik hat die Menschen in Kuba ihre Würde als Kinder Gottes und die daraus resultierenden unveräußerlichen Rechte vergessen lassen.

Wir fordern ein Land, in dem das Leben von der Empfängnis bis zum Tod respektiert wird, in dem die Einheit der Familie gestärkt und die Ehe zwischen Mann und Frau geschützt ist; in dem die Rente für alte Menschen zum Leben ausreicht; in dem die Berufstätigen würdig von ihrem Lohn leben können; in dem Bürger als Unternehmer handeln können und in dem es Arbeitsmöglichkeiten für Sportler und Künstler gibt. Junge Kubaner sollten hier Arbeitsmöglichkeiten finden und ihre Talente und Fähigkeiten einbringen, damit Migration nicht zum einzigen Ausweg wird.

Es fehlt die Rechtsstaatlichkeit. Eine klare Trennung der drei Staatsgewalten Exekutive, Legislative und Judikative ist unerlässlich. Wir möchten, dass unsere Richter nicht unter Druck gesetzt werden, wir wollen, dass das Gesetz die Regel ist, wir wollen nicht, dass das Umgehen von Gesetzen zur Überlebens- oder Machtstrategie wird.

Das Volk ist entmutigt und müde. Die Stagnation lässt sich mit zwei Worten zusammenfassen: überleben oder fliehen. Wir sind es leid, zu warten, zu fliehen und uns zu verstecken. Wir wollen unser eigenes Leben leben.

Wir wollen frei wählen. In Kuba gibt es Abstimmungen, keine Wahlen. Wir brauchen dringend Wahlen, bei denen wir nicht nur über unsere Zukunft, sondern auch über unsere Gegenwart entscheiden können.

Wir schreiben diesen Brief, um zu verhindern, dass es in Kuba eines Tages zu einem gewaltsamen Umsturz kommt, der noch mehr sinnloses Leid bringen würde. Es gibt noch genügend Zeit für Veränderungen. Aber die Zeit drängt, wir müssen die Tür öffnen.

Es hat keinen Sinn, die Wahrheit zu verbergen. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als wäre alles in Ordnung. Es hat keinen Sinn, sich an die Macht zu klammern. Jesus Christus sagt uns Kubanern heute: „Was nützt es einem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, dabei aber sein Leben einbüßt?“ Es ist an der Zeit, ein Kuba aufzubauen, wie es sich José Julián Martí [kubanischer Schriftsteller, 1853 – 1895] gewünscht hat: „mit allen für das Wohl aller“.

Wir vertrauen auf die Fürsprache der „Virgen de la Caridad“, der Patronin von Kuba. Möge sie, die Mutter aller Kubaner, vor dem Herrn für uns eintreten. Seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. sagte, dass „Gott nicht nur die menschliche Freiheit respektiert, sondern sie auch benötigt“, damit wir immer das Beste für alle wählen können. *(Gekürzte Fassung)*

24. Januar 2018

P. Castor José Álvarez de Devesa, Priester von Modelo, Camagiüey

P. José Conrado Rodríguez Alegre, Pfarrer von San Francisco de Paula, Trinidad, Cienfuegos

P. Roque Nelvis Morales Fonseca, Pfarrer von Cueto, Holguín

„Die Kirche versteht sich als Stimme des Volkes“

Im Januar 2018 war ich für einige Tage in Kuba. Dort traf ich mit Bischöfen und Gemeinden zusammen und besuchte kirchliche Sozial- und Bildungsprojekte. Die drei prägendsten Themen auf dieser Reise waren die Hoffnung vieler Kubaner auf eine bessere Zukunft, die Auswanderung gerade von jungen Menschen und der absolute Machtanspruch des kommunistischen Partei- und Staatsapparates.

Diese drei Themen hängen zusammen und werden von der katholischen Kirche im Land immer wieder zur Sprache gebracht. Denn alle Bürgerinnen und Bürger und alle Lebensbereiche sind in diesem politischen System von umfänglichen Einschränkungen betroffen: Die Wirtschaft wird vom Staat reguliert, wie es in kommunistischen Ländern üblich ist, das Bildungssystem ist monopolistisch organisiert, in der Politik ist nur eine Partei zugelassen, die Medien sind Staatsorgane. Die Katholische Soziallehre vertritt dagegen eine plurale und partizipative Gesellschaftsordnung. Es ist ihr wichtig, dass jeder Mensch seine Freiheit mit Rechten und Pflichten zum Wohl aller wahrnehmen kann. Nach allen Erfahrungen in der Geschichte ist dies auch für das Gemeinwohl die beste Gesellschaftsordnung.

Die Kirche in Kuba ist für lateinamerikanische Verhältnisse zwar zahlenmäßig relativ klein, doch sie versteht sich als Stimme des Volkes. Das macht sie zu etwas Besonderem: Denn wo das private und öffentliche Leben vom Staat bzw. der Partei kontrolliert und reglementiert wird, wo Meinungsvielfalt unerwünscht ist und das politische Leben gleichgeschaltet wird, hat das Reden von der Würde und der Freiheit des Menschen Sprengkraft. Nicht selten hinterfragt die Kirche in Kuba soziale und wirtschaftliche Missstände, hebt die Verantwortung der Einzelnen hervor und plädiert für einen freieren öffentlichen Diskurs. Durch ihre soziale, kulturelle und pädagogische Arbeit hat sie sich über die katholische Bevölkerung hinaus viel Ansehen erworben.

Selbst wenn sich zurzeit Lockerungen und Öffnungen abzeichnen, bleiben der Staat und die kommunistische Einheitspartei in Kuba die alles beherrschenden Kräfte, die keine Kritik am politischen System dulden. Um diese zu unterbinden, schrecken sie vor geheimdienstlichen Methoden nicht

”

Die kubanische Verfassung garantiert viele Grundrechte, etwa die Kunstfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit, allerdings mit der Einschränkung, dass ihre Ausübung nicht gegen die Revolution oder die sozialistischen Ziele gerichtet sein darf.

*(Missio/Adveniat: Länderberichte
Religionsfreiheit: Kuba)*

“

zurück. Durch eine flächendeckende Überwachung ist eine Kultur des Schweigens und des Misstrauens gewachsen, die sich selbst in Familien und Freundeskreisen ausgebreitet hat – auch innerhalb der Kirche. Kaum jemand pflegt das offene Wort zu kontroversen politischen Fragen. Die Angst vor möglichen Sanktionen ist groß.

Da nahezu alles im Alltagsleben in Kuba vom Staat genehmigt werden muss,

ist auch der kirchliche Aktionsradius permanent von einer weiteren Begrenzung bedroht. Öffentliche Prozessionen, der Kauf eines Kleinwagens, die Renovierung eines Kindergartens oder die Verlängerung eines Visums für einen ausländischen Missionar – alles kann ohne Begründung abgelehnt werden. Oder der Antragsteller erhält überhaupt keine Antwort; dieses „administrative Schweigen“ ist in Kuba weit verbreitet. Dennoch finden Orden, Pfarreien und kirchliche Vereine immer wieder Wege, im Bildungsbereich, im Sozialwesen und durch karitative Einrichtungen für die Menschen Gutes zu wirken.

Eine Verfolgung von Christen aufgrund ihrer religiösen Grundüberzeugungen gibt es in Kuba nicht. Doch wenn Gläubige von ihrem christlichen Menschenbild ausgehend öffentlich Meinungsfreiheit einfordern, drohen ihnen Sanktionen. Der kommunistische Staat in Kuba erhebt einen Monopolanspruch auf alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Belange. Damit werden neben der Meinungsfreiheit auch andere Menschenrechte verwehrt.

Die Verkündigung des Evangeliums in einem solchen Kontext ist zwar schwierig, aber umso notwendiger. Die Situation in Kuba zeigt, dass es ohne Meinungsfreiheit auch keine wirkliche Religionsfreiheit gibt, selbst wenn diese in der Verfassung verankert ist. Die Freiheit der Kirche in Verkündigung, Gottesdienst und karitativ-sozialem Wirken kann den Kubanern viel Segen für ihr Leben bringen – als Einzelne und in der Gesellschaft.

Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz und Erzbischof von Bamberg

Nachrichtenticker ... Nachrichtenticker ...

Das Jahr 2018 in Kuba und Venezuela

18.01.2018

Vor 20 Jahren: Der Showdown zwischen Papst und Fidel Castro – Wie Johannes Paul II. den Wind der Freiheit nach Kuba brachte

Unter den politisch brisanten Papstreisen der Neuzeit war sie eine der spannendsten: Am 21. Januar 1998 betrat Papst Johannes Paul II. das kommunistische Inselreich Kuba.

25.01.2018

Kubanische Geistliche fordern von Castro „Wahlen in Freiheit“

In Kuba haben drei katholische Priester Staatspräsident Raúl Castro zu „Wahlen in Freiheit“ aufgefordert. In dem am Mittwoch (Ortszeit) veröffentlichten Brief kritisieren die Geistlichen eine „Abwesenheit des Rechtsstaats“.

18.04.2018

Raúl Castro geht in den Ruhestand – Wechsel an der Spitze der kommunistisch regierten Karibikinsel

Machtübergabe in Kuba: Raúl Castro (86) übergibt das Amt des Staatspräsidenten in jüngere Hände. Wer sich davon mehr Demokratie und Menschenrechte verspricht, dürfte enttäuscht werden. Miguel Díaz-Canel (58) ist neuer Präsident des Staats- und Ministerrates.

21.04.2018

Papst an Kubas Jugend: Seid Patrioten und baut die Kirche auf

Papst Franziskus hat die Jugend Kubas aufgefordert, sich in ihrem Land stärker zur Kirche zu bekennen. Gleichzeitig sollten sie gute Patrioten sein. „Liebt eure Nation, liebt euer Land, seid großzügig und öffnet euer Herz für Gott“, sagte der Papst.

07.05.2018

Katholische Kirche erarbeitet Hilfeplan für Venezolaner

Angesichts der Flucht vieler Venezolaner vor der Krise in ihrer Heimat stellen acht katholische Bischofskonferenzen Lateinamerikas einen gemeinsamen Hilfeplan auf. Dabei geht es um Nahrungs- und Sachmittelhilfe, aber auch soziale, rechtliche, politische und geistliche Unterstützung.

28.05.2018

EU fordert Neuwahlen in Venezuela

„Die Wahlen waren weder frei noch fair“, teilten die EU-Außenminister mit. Staatsgelder seien für die Wahl veruntreut worden, Politiker hätten keinen „ausgewogenen“ Zugang zu Medien gehabt und Wähler hätten unter Zwang ihre Stimme abgegeben, heißt es in den Schlussfolgerungen der EU-Außenminister.

13.07.2018

UNO-Flüchtlingshilfe: Immer mehr Menschen verlassen Venezuela

Aufgrund der schwierigen Lage in Venezuela haben laut Angaben der Vereinten Nationen inzwischen rund 1,5 Millionen Menschen das Land verlassen.

27.08.2018

Menschenrechtler kritisieren Verhaftungen von Künstlern in Kuba

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat eine Verhaftungswelle gegen Künstler in Kuba scharf kritisiert.

10.09.2018

Venezuelas Bischöfe treffen den Papst

Die katholischen Bischöfe Venezuelas reisen zu einem Treffen mit dem Papst in den Vatikan, um über die Lage in dem südamerikanischen Krisenland zu informieren.

27.09.2018

Lateinamerika-Staaten rufen wegen Venezuela-Krise Den Haag an

Amnesty International macht die Regierung des sozialistischen Präsidenten Nicolás Maduro für Tausende außegerichtliche Hinrichtungen verantwortlich. Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile und Paraguay wollen erreichen, dass die mutmaßlichen Verbrechen Maduros gegen die Menschlichkeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag untersucht werden.

Zusammengestellt mithilfe der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA)



Armenspeisung in Barquisimeto

„Die einzige verbliebene Opposition“ – Die Kirche in Venezuela

„Wir wählen nicht den Weg des Bösen, auf dem sich diejenigen verlaufen haben, die leugnen, dass es in Venezuela Hunger und Unterernährung gibt; diejenigen, die denen die Türen zuschlagen, die einen humanitären Korridor für Lebensmittel und Medikamente einrichten wollen; diejenigen, die bestreiten, dass Tausende Venezolaner im Müll nach Essen suchen – obwohl sie es mit eigenen Augen sehen.“ Unmissverständlich hat Bischof Víctor Hugo Basabe von San Felipe das Versagen der venezolanischen Regierung um Präsident Nicolás Maduro angeprangert. Und das nicht im internen Kreis, sondern vor Zehntausenden. Für seine Abrechnung hat er das Marien-Fest der „Divina Pastora“ am 14. Januar 2018 gewählt. Und als Schauplatz den Wallfahrtsort mit dem riesigen Monument auf dem Berg der Millionen-Stadt Barquisimeto im gleichnamigen Nachbarbistum.

Die Lage des seit 1998 sozialistisch regierten Landes ist dramatisch. Insbesondere nach dem Tod des charismatischen Präsidenten Hugo Chávez 2013 und des gleichzeitigen Verfalls des Erdölpreises an den internationalen Börsen stieg die Zahl der Menschen, die Hunger leiden. Medikamente für die Mittel- und Unterschicht gibt es nicht mehr. Die galoppierende Inflation – Medien berichten von bis zu 13.000 Prozent im Jahr 2018 – vernichtet den ohnehin spärlichen Lohn. 87 Prozent der venezolanischen Haushalte leben gemessen an ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Das ist das erschreckende Ergebnis einer Studie angesehener Universitäten der Hauptstadt. Nicht einmal die Regierung hat dem widersprochen. Gerade die jungen, gut ausgebildeten Men-

schen sehen für sich keine Zukunft mehr in dem Land, das über die größten Erdölreserven der Welt verfügt. Schätzungen zufolge haben bereits vier Millionen das Land verlassen.

„Nicht ihr seid es, die gehen sollten“, rief Bischof Basabe der Jugend des Landes zu. „Wenn jemand aus Venezuela abhauen sollte, ist es derjenige, der für das Desaster verantwortlich ist ..., der dafür verantwortlich ist, dass Tausende Kinder unterernährt sind ..., der dafür verantwortlich ist, dass Tausende Venezolaner im Müll nach Überresten suchen, um ihren Hunger zu stillen ..., der für die Korruption verantwortlich ist, welche die Kranken zum Tod verurteilt, weil in den Krankenhäusern Ärzte und Medikamente fehlen.“

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Präsident Maduro fühlte sich persönlich angegriffen. Er verlangte eine Anklage im Sinne des „Gesetzes gegen Anstiftung zu Hass und Gewalt“. Bischof Basabe ist dagegen überzeugt, keine Straftat begangen zu haben. „Das Gesetz gegen den Hass existiert in meinen Augen gar nicht, weil es nicht vom Parlament verabschiedet worden ist, sondern von der Verfassungsgebenden Versammlung. Und die hat keinerlei Kompetenz, Gesetze in diesem Land zu erlassen“, stellt Bischof Basabe fest. Bis heute ist er unbehelligt geblieben und kann sich frei bewegen.

Diese Freiheit nutzt er, um über die wahren Verhältnisse im Land aufzuklären. Viele gingen nach wie vor davon aus, dass Venezuela von einer linken Regierung mit einer mar-



Lebensmittelspenden der Kirche helfen vielen Menschen, im Alltag zu überleben.

„
Die venezolanische Kirche von der Basis bis zur Bischofskonferenz lebt Solidarität und sozialen Ausgleich in einem Land, dessen Regierung die Menschen und die Ressourcen gnadenlos ausplündert.

(Reiner Wilhelm, Länderreferent von Adveniat)

xistisch-leninistischen Ausrichtung regiert werde. „Die Wahrheit ist, dass wir in Venezuela von einer kriminellen Gruppe regiert werden, die in Drogenhandel, Terrorismus und Waffenhandel verstrickt ist“, so der Bischof von San

Felipe. Von der internationalen Gemeinschaft erhoffe er sich eine Korrektur der falschen Annahmen und eine größere Aufmerksamkeit. Die Verbrechen sollten vom Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden.

„Die Kirche ist die einzige Opposition im Land und die einzige Institution, die im Volk überhaupt noch Vertrauen genießt“, stellt der Venezuela-Referent des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, Reiner Wilhelm, fest. Und die Rolle der Opposition nimmt sie an, wie auch das Statement des Vorsitzenden der Venezolanischen Bischofskonferenz, Erzbischof José Luis Azuaje von Maracaibo, zu Beginn der Vollversammlung am 7. Juli 2018 zeigt: „Wir Bürger haben die demokratische Waffe des Widerstands, [...] wir wehren uns, wenn der Staat das Gute und die Gerechtigkeit vernichten und das Schlechte fördern will.“

Die Kirche steht geschlossen an der Seite der Armen. Vor allem in den vergangenen zwei Jahren sind landesweit zahlrei-

che Suppenküchen und Armenspeisungen eingerichtet worden. Von der Regierung wird diese Hilfe der Kirche geduldet, aber keineswegs gern gesehen. Stellt sie sich doch gern als einzige Wohltäterin der Armen und Benachteiligten dar. Doch die Verteilung von Lebensmitteln durch die „Comités Locales de Abaste-

cimiento y Producción“ („Lokale Komitees zur (Lebensmittel-)Versorgung und Produktion“, kurz: CLAP) funktioniert immer schlechter. Angesichts der verbreiteten Korruption kommen die Lebensmittellieferungen immer seltener an.

Für Bischof Basabe hat die Regierung eine Mentalität der Abhängigkeit geschaffen. Die Menschen seien immer weniger produktiv, fühlten sich unwichtig für die Zukunft des Landes. „Venezuela braucht nicht nur einen Regierungswechsel, sondern auch einen Mentalitätswandel der gesamten Bevölkerung“, ist der Bischof von San Felipe überzeugt. Um das Land zu verändern, müssten alle ihre Talente, Kenntnisse und Kraft einbringen. Die Kirche müsse die Verantwortung übernehmen und einen neuen Gesellschaftsvertrag vorschlagen. „Verkünden wir unsere Botschaft eines Lebensstils, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewirkt.“

Stephan Neumann, Pressesprecher, Adveniat



Massendemonstrationen gegen die Regierungspolitik in Caracas

Die Krise in Venezuela

Seit dem Wahlsieg der Opposition bei den Parlamentswahlen 2015 regiert Präsident Nicolás Maduro zunehmend autoritär. Venezuela hat sich in eine Autokratie verwandelt. Die Einschränkung des Pluralismus und der Abbau institutioneller Kontrollen gehen mit wachsender politischer Verfolgung und Repression einher. Im Zusammenhang mit der Protestwelle, die am 1. April 2017 begann, wurden mindestens 102 Personen durch Repression ermordet. Seitdem haben auch Plünderungen und Lynchaktionen zugenommen. Zwischen Januar 2014 und Dezember 2017 wurden 2016 politisch motivierte Festnahmen registriert. Zahlreiche Fälle von Folter in Gefangenschaft sind dokumentiert. Bürgerinnen und Bürger haben kaum Möglichkeiten, sich gegen dieses Vorgehen zu wehren, denn sie wurden rechtsstaatlicher Garantien beraubt: Die Justiz ist gleichgeschaltet und Zivilisten werden bisweilen von Militärrichtern verurteilt.

Der Chavismo à la Maduro kann als dritte Phase der jüngsten politischen Entwicklung Venezuelas angesehen werden. Eine erste Zäsur bildete der unter Chávez zwischen 2002 und 2006 vollzogene Übergang von der „Bolivarischen Revolution“ zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Sechs Jahre nach einem gescheiterten Putschversuch im Jahr 1992 gewann der Offizier Chávez die Präsidentschaftswahlen mit dem Versprechen, die Demokratie partizipativer zu gestalten, den Ölreichtum gerechter zu verteilen und die Korruption zu bekämpfen.

Im Zuge von Generalstreiks und Demonstrationen durch Unternehmer und Gewerkschaften wurde Chávez am 12. April 2002 verhaftet und seines Amtes enthoben. Pedro Carmona übernahm die Amtsgeschäfte und kündigte Wah-

len an. Eine Gruppe von Generälen unterstützte den Staatsstreich, der jedoch nur zwei Tage anhielt, bis Chávez-treue Gruppen in der Gesellschaft und im Militär mobil machten und ihm zurück an die Macht verhalfen. Diese Putscherauführung auf beiden Seiten prägte das gegenseitige Feindbild nachhaltig und führte zu einem Vertrauensverlust zwischen Regierung und Opposition. Ab 2002 radikalisierte Chávez seine Politik der politischen Lenkung von Gesellschaft und Wirtschaft. Er distanzierte sich zunehmend von den Prinzipien und Regeln der Demokratie, Marktwirtschaft und der sogenannten westlichen Weltordnung. Chávez starb am 5. März 2013 in Caracas. Mit der Regierung seines Nachfolgers Maduro versank Venezuela immer tiefer in einer politischen, sozioökonomischen und humanitären Krise.

Das Missmanagement der Regierung, gekoppelt mit niedrigeren Ölpreisen bei starker Rohstoffabhängigkeit, führte zu einer Wirtschafts- und Versorgungskrise. Im Jahr 2017 schrumpfte die Wirtschaft um sechs Prozent und die Inflationsrate überschritt die 2.000-Prozent-Marke. In Venezuela, dem Land mit den größten Erdölreserven der Welt, leben heute mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in Armut. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten ist katastrophal. Der Schwarzmarkt und der grenzüberschreitende Schmuggel florieren. Die Mütter- und Kindersterblichkeit ist in den letzten zwei Jahren rasant gestiegen. Diese Entwicklung verschärft die strukturell prekäre Sicherheitslage: Venezuela weist weltweit die zweithöchste Mordrate auf. Die Notlage fördert die Emigration, vor allem in die Nachbarländer. Rund drei Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner haben das Land verlassen.

Viele Venezolaner suchen im Müll nach Essen und Kleidung.



Der demokratische Erosionsprozess und der wirtschaftliche Niedergang setzten bereits unter der Regierung Hugo Chávez' ein. Sie verschärften sich jedoch unter der Präsidentschaft Nicolás Maduros, der im Dezember 2012 vom todkranken Chávez persönlich zum Nachfolger ernannt und dann durch Wahlen im April 2013 als Präsident legitimiert wurde. Im Unterschied zu Chávez stand Maduro ungleich größeren Herausforderungen gegenüber: den ökonomischen Folgen der Misswirtschaft bei deutlich niedrigeren Erdölpreisen, den Ausgaben für den Staatsausbau, Abnutzungstendenzen des langen Regierens, der Unzufriedenheit der Bevölkerung und dem Erstarken der Oppositionsparteien. Zudem werden dem ehemaligen Busfahrer Maduro im Vergleich zum Soldaten Chávez geringere politische und fachliche Kompetenzen nachgesagt.

Die Maduro-Regierung negiert die humanitäre Krise, lehnt internationale Hilfe ab und macht einen durch die Opposition geführten Wirtschaftskrieg und „den Imperialismus“ für die sozioökonomische Notlage verantwortlich. Während kubanisches Personal im Sicherheitssektor beratend tätig ist, hängt Venezuela wirtschaftlich stark von den Erdölexporten in die USA und großzügigen Krediten aus China ab.

Papst Franziskus hat mehrfach für einen friedlichen und demokratischen Ausweg aus der Krise in Venezuela plädiert. Im Jahr 2015 verhängten die USA Sanktionen gegen eine Reihe von Mitgliedern der venezolanischen Regierung, die für Menschenrechtsverletzungen, die Erosion der Demokratie und für Korruption verantwortlich gemacht wurden. Die EU wählte im Januar 2018 ein ähnliches Sanktionsrepertoire. Bereits im November 2017 hatten die EU-Staaten die

Lieferung von Waffen und Material, die für die „innere Unterdrückung“ verwendet werden könnten, an die Regierung Maduro verboten. Die Konfliktparteien scheinen momentan nicht mehr imstande zu sein, ohne Hilfe von außen einen Weg aus der Krise zu finden. Hier sind die internationale Gemeinschaft und besonders die lateinamerikanischen Staaten als Vermittler gefragt. Das Land darf politisch nicht isoliert werden. Ziel Nummer eins sollte die Eindämmung der Gewalt sein. Dem sollte dann die Verlagerung der Auseinandersetzung an einen Verhandlungstisch und dann in die Institutionen folgen.

Dr. Claudia Zilla, Leiterin der Forschungsgruppe Amerika an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), gekürzter Auszug aus: Konfliktporträt: Venezuela, BpB online





Aufbruch ins Freie?

„Fürchte Dich nicht, denn ich bin mit Dir“ Jes 41,10 Aufruf der venezolanischen Bischöfe

Wir, die Bischöfe von Venezuela, Hirten des Volkes Gottes, versammelt zur 110. Vollversammlung unserer Bischofskonferenz, kümmern uns um die pastoralen Fragen, die uns obliegen. Als Staatsbürger wenden wir uns unserem Land und seiner Situation zu, die wir als „große Drangsal“ erleben (vgl. Offb 12,7–12), die das Leben und die Zukunft der Venezolaner ernsthaft gefährdet.

Wir haben schon in unserer Erklärung vom 23. April dieses Jahres festgestellt, dass die Lage im Land immer ernster wird. Der Großteil der Bevölkerung verfügt nicht über die Mittel, um mit der monströsen Hyperinflation zurechtzukommen. Die bereits äußerst schwierige Lebenssituation verschlechtert sich von Tag zu Tag. Neben den Problemen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, öffentliche Dienstleistungen, persönliche Sicherheit, Beschäftigung und Einkommen kommen nun Probleme mit der Verfügbarkeit von Bargeld und dem öffentlichen Nahverkehr hinzu.

Hauptverantwortlich für die Krise ist die Regierung, die ihr politisches Projekt über alle anderen Aspekte – auch über humanitäre Fragen – stellt. Sie betreibt eine verfehlte Finanzpolitik, schätzt Arbeit und Privateigentum gering und behindert Menschen, die an der Lösung von Problemen arbeiten. Die Regierung präsentiert sich dem Land als Opfer nationaler und internationaler Verschwörungen. Dies zeugt jedoch nur von der Unfähigkeit, das Land zu führen.

Die Nationale Exekutive, die unrechtmäßige Verfassungsgebende Nationalversammlung und der Nationale Wahlrat versuchen, eines der heiligsten Rechte des venezolanischen Volkes zu verletzen: die Freiheit, eine Regierung nach einem fairen Wahlkampf, mit unparteiischen Behörden, ohne Manipulation oder Günstlingswirtschaft zu wählen. Solange es jedoch politische Gefangene gibt, denen man ihr Recht verweigert zu kandidieren, wird es keine freien Wahlen geben. Wir weisen erneut darauf hin, dass die Präsidentschaftswahl vom 20. Mai unrechtmäßig war, genauso wie die von der Regierung eingesetzte Nationale Verfassungsgebende Versammlung unrechtmäßig ist. Wir leben unter einem De-facto-Regime, das die Verfassung nicht respektiert.

Die Menschen, die ins Ausland gegangen sind, vor allem die jungen, fehlen für den Aufbau unseres Landes. Wenn man den Venezolanern eine Zukunftsperspektive bieten könnte, müssten sie nicht auswandern. Venezuela hofft auf die Rückkehr seiner Kinder, um sich wieder auf den Weg einer gesunden Entwicklung zu machen.

Das Wort Gottes verspricht uns, dass Gott immer an der Seite seines Volkes ist, vor allem in seinen schwierigsten Stunden. Das Buch Exodus lehrt uns, dass Gott sein Volk aus der Sklaverei in die Freiheit führt, es aber auch durch Prüfungen und Schwierigkeiten schult, damit es die notwendige Reife als Nation erreicht. Über den Propheten Jesaja fordert uns Gott auf, keine Angst zu haben – in dem Bewusstsein, dass wir nicht



Menschen auf dem Weg zur Karfreitagssliturgie in der Kathedrale San Cristobal, Venezuela

alleine sind, sondern dass der Herr uns im Auf und Ab des Lebens begleitet und stärkt.

Die Kirche, deren geistliche Sendung im Evangelium Christi klar zum Ausdruck gebracht wird, hat nicht die Absicht, die Aufgabe von Politikern zu übernehmen. Sie ermutigt jedoch die Laien, die sich ihrer Pflichten und Rechte als Bürger bewusst sind, ihre Stimme zu erheben und sich aktiv in die Politik einzubringen, damit die Werte unseres christlichen Glaubens gelebt und für das Gemeinwohl fruchtbar gemacht werden können.

Angesichts der desaströsen Lage, die sich durch eine verfehlte Politik kontinuierlich verschlechtert und die die Verantwortlichen augenscheinlich nicht verbessern wollen, ermutigen wir die Zivilgesellschaft, ihre Begabungen und Fähigkeiten einzubringen und nach Lösungen zu suchen. Viele Menschen engagieren sich für das Land, ihre Gemeinden und ihre Familien. Die Lage ist zwar bedrückend, aber wir dürfen uns nicht an diese prekäre Situation, die unser Volk so demütigt, gewöhnen. Weiter ermutigen wir die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure und die politischen Parteien, mit allen verfassungsgemäßen Mitteln an der Wiederherstellung der Souveränität des Volkes zu arbeiten.

Wir fordern die Streitkräfte auf, ihrem Eid vor Gott und dem Vaterland treu zu bleiben, die Verfassung und die Demokratie zu verteidigen und weder in politischer, noch ideologischer Hinsicht Partei zu ergreifen.

Das Evangelium und die Soziallehre der Kirche fordern uns zur Solidarität auf. Unsere Diözesen, Pfarreien und andere Institutionen haben trotz ihrer logistischen und finanziellen Einschränkungen eine breit angelegte Hilfskampagne für die

Bedürftigsten ins Leben gerufen (Suppenküchen, Tafeln, Medikamentendepots). Wir müssen diese Solidarität, soweit es möglich ist, fortsetzen und verstärken. Die Kirche ist jedoch auch dazu aufgerufen, den Wandel in unserer Gesellschaft insgesamt zu fördern: „Es ist Aufgabe jeder Ortskirche, Mittel, Methoden und Strategien zu finden, um mit konkreten Aktionen zu diesem Wandel beizutragen“ (vgl. Concilio plenario de Venezuela, Der Beitrag der Kirche, Nr. 58).

Wir dürfen uns angesichts der Herausforderungen einer unsicheren und schwierigen Gegenwart niemals entmutigen lassen: Im Gegenteil, im Vertrauen auf Gott, der uns die Kraft gibt, Zeugnis abzulegen und Gutes zu tun, müssen wir die Forderungen nach Gerechtigkeit und Freiheit unterstützen. Um die Hoffnung zu stärken und um für die konkreten Bedürfnisse jeder Gemeinschaft zu beten, wollen wir die Volksreligiosität stärken. In dieser schwierigen Zeit müssen die Hoffnung und das konkrete Engagement uns zu Samaritern für andere werden lassen.

Ein weiteres Mal sagt uns Gott: „Fürchte dich nicht, denn ich bin mit dir“. In Stunden des Schmerzes und der Prüfung greift der Gläubige stärker nach der Hand des Herrn. In diesen Zeiten des Leidens und des Kampfes bitten wir die Hl. Jungfrau Maria von Coromoto erneut um ihre mütterliche Fürsprache, damit sie uns durch ihr Gebet vor ihrem Sohn hilft, die Übel der jetzigen Situation zu überwinden. Wie uns Papst Franziskus gesagt hat: „Maria ist so, wie Gott seine Kirche will: Sie ist eine zärtliche Mutter, demütig, arm an materiellen Dingen, aber reich an Liebe“ (Papst Franziskus, Fest des Unbefleckten Herzens Mariens, 9. Juni 2018). (*Gekürzte Fassung*)

10. Juli 2018

Die Bischöfe Venezuelas

Gebet von Papst Franziskus vor der „Virgen de la Caridad“ bei seinem Kubabesuch 2015

Bleib bei uns, Herr,
begleite uns,
auch wenn wir dich nicht immer zu erkennen wussten.
Bleib bei uns,
denn du bist der Weg, die Wahrheit und das Leben.
Bleibe in unseren Familien,
erleuchte und unterstütze sie in ihren Schwierigkeiten.
Bleib bei unseren Kindern und unseren Jugendlichen,
in ihnen liegt die Hoffnung und der Reichtum unserer
Heimat.
Bleib bei den Leidenden,
tröste und behüte sie.
Bleib bei uns, Herr,
wenn Zweifel und Erschöpfung drohen
oder Probleme auftauchen;
erhelle unseren Geist durch dein Wort,
nähre uns mit dem Brot des Lebens,
das du uns darbietest in jeder Eucharistie;
hilf uns, die Freude zu erfahren,
an dich zu glauben.
Bleib, o Herr,
bei der Gemeinde deiner Jünger.

Erneuere in uns das Geschenk deiner Liebe.
Ermuntere uns und bewahre uns in der Treue,
damit wir allen froh verkünden,
dass du uns zu neuem Leben erweckt
und uns aufgetragen hast,
deine Zeugen zu sein.

Maria, die Barmherzige Jungfrau,
die Jüngerin und Missionarin,
die Mutter aller,
begleite und beschütze uns.

Amen.

(Gekürzte Fassung)



Impressum

Herausgeber

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn
www.dbk.de

Bildnachweise

Titel: Xinhua / FOTOFINDER.COM
S. 3, 5, 10, 18, 20 © KNA-Bild
S. 4, 6, 7 © Adveniat
S. 8 © Barbara Müller
S. 9 © Hartmut Köß
S. 11 Creative-Commons-Lizenz „Hvd69– Weitergabe
unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert“
S.14, 15 © Stephan Neumann
S.16 © Alfredo Allais/istock
S.17, 19 © camacho9999/istock

Bestellungen

E-Mail: dbk@azb.de
Tel.: 0228/103-111

Weitere Informationen

www.dbk.de/verfolgte-bedraengte-christen/

